

1 Das Saarland braucht nach zehn Jahren konservativer Regierung dringend einen  
2 Politikwechsel und einen anderen Politikstil. Das Saarland braucht eine Regierung  
3 für alle Menschen. Das Saarland braucht eine Regierung, die mit den Menschen das  
4 Saarland nach vorne bringt.

5

6 Wir sehen ein gemeinsames Reformprojekt: Wir wollen das Saarland ökologisch  
7 erneuern, in sozialer Verantwortung modernisieren und gesellschaftlich sowie  
8 wirtschaftlich wieder zu einem starken Bundesland machen.

9

10 Unser Ziel ist, die saarländische Wirtschaft zu stärken und sie sozial und ökologisch  
11 zu gestalten. Wir wollen eine stabile Wirtschaft in einem starken und modernen  
12 Saarland.

13

14 Die Verbesserung der Standortbedingungen für Unternehmen genießt dabei hohe  
15 Priorität. „Wachstum und Nachhaltigkeit“, das ist unser Leitbild. Wirtschaftliche  
16 Entwicklung, finanzpolitische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und der Schutz  
17 der natürlichen Lebensgrundlagen sind keine Gegensätze; sie müssen gleichrangig  
18 nebeneinander stehen, einander ergänzen und sich gegenseitig unterstützen.

19

20 Die dramatische Verschlechterung der Haushaltssituation durch die konservative  
21 Landesregierung engt die Spielräume zukünftiger Politikgestaltung massiv ein.  
22 Deshalb wird die kommende Regierung alle zumutbaren eigenen  
23 Konsolidierungsschritte ausschöpfen müssen. Das Saarland bleibt aber darüber  
24 hinaus auf solidarische Hilfen angewiesen. Dabei ist die Lösung der Altschuldenfrage  
25 ebenso erforderlich wie die langfristige Verbesserung der Einnahmesituation des  
26 Landes.

27

28 Der demografische Wandel unserer Gesellschaft durch die stetig steigende  
29 Lebenserwartung ist eine positive Entwicklung. Gleichzeitig kommen jedoch aus  
30 unterschiedlichsten Gründen immer weniger Kinder zur Welt. Für das Saarland  
31 müssen wir zudem feststellen, dass immer mehr junge Menschen dem Land den  
32 Rücken kehren, weil sie hier keine Perspektive für sich sehen, weil sich ihre

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

33 persönlichen Lebenschancen auf eine bessere Bildung und einen guten Arbeitsplatz  
34 verschlechtert haben.

35

36 Wir müssen den Strukturwandel endlich beherzt angehen, die längst überfällige  
37 Wende in der Energiepolitik einleiten und die Bildungschancen unserer Kinder und  
38 Jugendlichen entscheidend verbessern.

39

40 Unsere Kommunen – Keimzellen unseres demokratischen Aufbaus – wollen wir auf  
41 diesem Weg mitnehmen. Dazu ist es unabdingbar, die Handlungsmöglichkeiten der  
42 Städte und Gemeinden unseres Landes nach einem Jahrzehnt des Ausblutens  
43 strukturell zu verbessern.

44

45 Wir wollen im Saarland wieder mehr Demokratie wagen: Eine aktive Bürgerinnen-  
46 und Bürgergesellschaft ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft unseres  
47 Landes. Mitbestimmung sichert dauerhaft die Akzeptanz unseres Gemeinwesens.  
48 Eine starke demokratische Kultur stiftet Zusammenhalt und Solidarität und ist das  
49 wirksamste Mittel gegen Extremismus. Wir streiten für eine weltoffene und tolerante  
50 Gesellschaft.

## 51        **Finanzielle Rahmenbedingungen**

52

53 Die derzeitige Haushaltslage, die absehbare Haushaltsentwicklung und die  
54 finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen entscheidende Faktoren für die  
55 Landespolitik in der kommenden Legislaturperiode dar:

56

57 Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben ist so groß wie nie zuvor in der  
58 Geschichte des Saarlandes. Sie ist deutlich größer als in jedem anderen Land.

59

60 Darüber hinaus belastet die momentane Wirtschaftskrise den Landeshaushalt  
61 nachhaltig. Die Steuereinnahmen sinken dramatisch, die Ausgabelasten steigen. Die  
62 erhoffte wirtschaftliche Normalisierung wird sich nur allmählich auf den Haushalt  
63 auswirken. Die steuerabhängigen Einnahmen werden ohne Steuerrechtsänderungen  
64 voraussichtlich bis einschließlich 2012 unter dem Wert des Jahres 2008 liegen. Im  
65 gleichen Zeitraum werden die Personalausgaben und die Zinsausgaben im  
66 Kernhaushalt um jeweils rund 150 Mio. Euro zunehmen.

67

68 Die bisherige Landesregierung hat das Ausmaß der Haushaltsprobleme verdeckt. In  
69 den vergangenen Wochen und Monaten wurden Projekte angekündigt und  
70 eingeleitet, ohne eine ausreichende Finanzierung sicher zu stellen. Sie hat dabei die  
71 Verpflichtungen, die sich aus der neuen Schuldenbremse ergeben, komplett  
72 ignoriert. Ankündigungen und tatsächliches Handeln standen in eklatantem  
73 Widerspruch zueinander. Bereits beschlossene Maßnahmen werden den Haushalt in  
74 den nächsten Jahren zusätzlich belasten: Schuldendienst für Kreditaufnahmen in  
75 Fonds, Landesbetrieben, Landesgesellschaften bzw. Stiftungen sowie jüngst  
76 eingegangene Verpflichtungen und Zusagen.

77

78 Die dramatische Verschlechterung der Haushaltssituation durch die konservative  
79 Landesregierung engt die Spielräume zukünftiger Politikgestaltung massiv ein. Das  
80 Saarland muss deshalb eine Strategie definieren, wie die dramatischen  
81 Haushaltsprobleme auf der Zeitachse gelöst werden können. Dabei sind wir auf

82 solidarische Hilfen angewiesen. Erforderlich sind die Lösung der Altschuldenfrage  
83 sowie die langfristige Verbesserung der Einnahmesituation des Landes durch eine  
84 gerechtere Steuerpolitik (Beteiligung großer Privatvermögen) und eine Neuordnung  
85 der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

86

87 Wir bekennen uns zum langfristigen Ziel eines ausgeglichenen Haushalts. Die Hilfen,  
88 die im Rahmen der Föderalismuskommission II vereinbart wurden, reichen nicht  
89 einmal annähernd aus, die jährlichen Zinsausgaben zu bedienen. Rückgang und  
90 Alterung der Bevölkerung bedeuten zudem auch weniger Einnahmen, während die  
91 allermeisten Ausgaben fixen Charakter besitzen. Wir lehnen eine Schuldenregelung  
92 in der gegenwärtigen Form ab, die in wichtigen wachstumsrelevanten Bereichen zu  
93 massiven Kürzungen führen wird. Denn Haushalts- und Finanzpolitik darf kein  
94 Selbstzweck sein.

95

96 Die Regelung des Grundgesetzes sieht massive Eingriffe in die Rechte der Landtage  
97 vor, ohne diese an der Entscheidungsfindung auch nur beteiligt zu haben. Der  
98 historische und verfassungsrechtliche Kern eines Parlamentes besteht in seinem  
99 Recht, den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Auch das  
100 Grundgesetz behält dies ausdrücklich den jeweils zuständigen Ebenen und ihren  
101 jeweiligen Volksvertretungen vor. Das Budgetrecht der Landesparlamente und die  
102 getrennte Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern sind konstitutiv für die  
103 Eigenstaatlichkeit der Bundesländer und im Wesensgehalt unveränderliche  
104 Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes. Vor diesem Hintergrund sind diese  
105 Bestandteile der Föderalismusreform II auch verfassungsrechtlich bedenklich. Die  
106 zukünftige Landesregierung muss deshalb auch eine verfassungsrechtliche  
107 Überprüfung der getroffenen Regelungen in Erwägung ziehen.

108

109 Die kommende Regierung wird dessen ungeachtet alle zumutbaren eigenen  
110 Konsolidierungsschritte ausschöpfen müssen. Der Konsolidierung sind dabei drei  
111 Grenzen gesetzt:

112 - Das Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf nicht verletzt werden.

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 113 - Kurzfristige Einsparungen, die mittel- und langfristig entsprechende  
114 Mehrausgaben nach sich ziehen, sind nicht zielführend.
- 115 - Das Saarland darf nicht den Anschluss an die wirtschaftliche, soziale und  
116 ökologische Entwicklung der anderen Länder verlieren.
- 117 Finanziell bedeutsame Schwerpunktsetzungen, also Mehrausgaben, sind dort  
118 durchsetzbar und vertretbar, wo das Saarland im Vergleich zu anderen Ländern  
119 einen Rückstand aufweist. Dies gilt insbesondere für den Bildungsbereich.  
120
- 121 Durch eine entsprechende Stärkung der Steuer- und Finanzverwaltung muss eine  
122 gerechte und angemessene Besteuerung von Einzelpersonen und Unternehmen im  
123 Land sichergestellt werden. Hierbei steht eine verstärkte Bekämpfung von  
124 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung im Vordergrund der Bemühungen.  
125
- 126 Völlige Transparenz ist die einzige Möglichkeit, um die notwendigen und zumutbaren  
127 Konsolidierungsschritte zu definieren, umzusetzen und gesellschaftliche Akzeptanz  
128 zu erreichen. Die Haushalts- und Finanzlage ist umfassend – auch im Vergleich zu  
129 anderen Ländern – aufzuarbeiten („Kassensturz“). Belastungen aus  
130 Schattenhaushalten müssen offenbart werden.

## **Eine neue Ära wirtschaftlicher Stärke im Saarland.**

131  
132

133 Auch wirtschaftspolitisch steht das Saarland vor immensen Herausforderungen. Der  
134 weltweite Kollaps der Finanzmärkte hat auch hierzulande auf die reale Wirtschaft  
135 enorm durchgeschlagen. Diese Krise darf nicht den Blick dafür trüben, dass wir auch  
136 vor schwerwiegenden langfristigen Strukturproblemen stehen.

137

138 Unser Ziel ist die Aufwertung des Wirtschaftsstandortes: Wir müssen die  
139 Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Wirtschaft kontinuierlich steigern,  
140 Innovationen befördern und den Mittelstand stärken.

141

142 Ökologie ist die Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Knapper und teurer werdende  
143 Energien und Rohstoffe und der fortschreitende Klimawandel stellen herkömmliche  
144 Wirtschaftskonzepte in Frage und machen die Ressourcenfrage zur zentralen  
145 Zukunfts- und Wettbewerbsfrage. Keines der Phänomene ist isoliert zu betrachten.  
146 Unsere Vision ist es deshalb, das Saarland zum ressourceneffizientesten  
147 Wirtschaftsraum Deutschlands zu machen. Wir müssen technologische Innovationen  
148 befördern, die den Energie- und Rohstoffverbrauch reduzieren und die  
149 Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und den Geldbeutel der Verbraucherinnen und  
150 Verbraucher stärken.

151

152 Unser Ziel ist es, die saarländische Wirtschaft erfolgreich, sozial und ökologisch zu  
153 gestalten. Wirtschaftliche Wachstum, soziale Gerechtigkeit und der Schutz der  
154 natürlichen Lebensgrundlagen müssen gleichrangig nebeneinander stehen, einander  
155 ergänzen und sich gegenseitig unterstützen.

### ***Innovation und Mittelstand***

157 Die Stärkung des Mittelstands und die Erhöhung der Innovationskraft kleiner und  
158 mittlerer Unternehmen sind wesentliche Aufgaben einer Wirtschaftspolitik, die das  
159 Saarland langfristig aus seiner bisherigen Monostruktur befreien will. Die Ausgaben  
160 der öffentlichen Hand zur schnelleren Markteinführung von Innovationen zu nutzen,  
161 gehört deshalb ebenso zur Standortaufwertung wie verbesserte

162 Bürgschaftsangebote und Haftungsfreistellungen durch Beteiligungskapital und  
163 Zuschüsse. Hierbei müssen die Instrumente der öffentlichen Hand (SaarLB, SIKB  
164 etc.) so neu geordnet werden, dass sie flexibel und zielgenau dem heimischen  
165 Mittelstand und potenziellen GründerInnen zur Verfügung stehen. Kleine und mittlere  
166 Unternehmen benötigen einen besseren Zugang zu professioneller Beratung durch  
167 Unternehmensberater und Mentoren mit einschlägiger Branchenerfahrung. Die  
168 Beseitigung administrativer Hemmnisse und die Beschleunigung der  
169 Investitionsplanung sind für den Mittelstand überlebensnotwendig.

170

- 171 - Darlehensprogramm für Existenzgründer ohne Beteiligung einer Hausbank mit
- 172 Krediten bis zu 50.000 Euro,
- 173 - Schaffung flexiblerer Angebote der Gründungsfinanzierung für Kleingründer bis
- 174 100.000 Euro,
- 175 - Förderung der Gründungen aus Hochschulen durch ein Programm „Junge
- 176 Innovatoren“,
- 177 - besondere Gründungsförderung für Frauen und MigrantInnen,
- 178 - Einsetzung von Kreditmediatoren zur Krisenbewältigung, die den Zugang zu
- 179 Bürgschaften des Landes erleichtern
- 180 - Prüfung einer Befreiung von Kleinunternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu
- 181 50.000 Euro von bürokratischen Hemmnissen.

## 182 **Ökologische Industriepolitik**

183 Der Strukturwandel in unserem Land muss aktiv gestaltet werden. Über die  
184 Stabilisierung unserer klassischen Industriezweige hinaus muss die nächste  
185 Landesregierung eine stärkere Diversifizierung der Saarländischen Wirtschaft befördern. Die  
186 Unternehmensförderung des Landes wollen wir auf die Schaffung dauerhafter  
187 Arbeitsplätze ausrichten.

188

189 Ökologische Industriepolitik soll zum Markenzeichen der wirtschaftspolitischen  
190 Ausrichtung des Saarlandes werden. Wir schlagen deshalb vor, alle politischen  
191 Entscheidungen vorab auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen und den traditionellen

192 Finanzierungsvorbehalt entsprechend zu erweitern und in der Verfassung zu  
193 verankern.

194 Um Umweltbelastungen zu mindern, schlagen wir die Einführung eines  
195 Umweltmanagementsystems vor. Die frühzeitige Einbeziehung der Öffentlichkeit in  
196 Ansiedlungsfragen soll helfen, ökologische und soziale Konfliktfelder vorab zu  
197 erkennen und gemeinsam mit den Betroffenen zu lösen.

198

199 - Gründung eines „Instituts für automobile Entwicklung und Antriebstechnik“, das  
200 alle Bereiche des Fahrzeugbaus umfasst und in Zusammenarbeit mit der  
201 Automobilindustrie Technologien der Zukunft erforscht und in innovative Produkte  
202 umsetzt,

203 - Aufbau eines „Kompetenzzentrums Stahl“, das neben der Vernetzung der großen  
204 und mittelständischen Betriebe der heimischen Stahlindustrie mit der  
205 Wissenschaft den Werkstoff Stahl als Innovationsprodukt aus dem Saarland im  
206 Hinblick auf die Einsatzmöglichkeiten der grünen Märkte positioniert.

### 207 ***Land der Neuen Energie***

208 Am 30.6.2012 wird der saarländische Steinkohlebergbau endgültig und  
209 unwiderruflich beendet sein. Der Umbau der Energiewirtschaft als wesentlicher Teil  
210 des Strukturwandels an der Saar ist deshalb längst überfällig. Wir wollen das  
211 Saarland zum „Land der Neuen Energie“ machen.

212

213 Energieeinsparmaßnahmen, die Steigerung der Energieeffizienz, der massive  
214 Ausbau erneuerbarer Energien, die zukünftige Bedeutung der Fern- und Nahwärme  
215 unter Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung, die Dezentralisierung und Erneuerung des  
216 Energieparks unter Verzicht auf den Bau neuer Kohlegroßkraftwerke werden im  
217 Mittelpunkt der Bemühungen für das nächste Jahrzehnt stehen. Hier können die  
218 Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Um diese Ziele zu erreichen, ist ein  
219 umfassendes Zukunftsenergiekonzept zu erarbeiten.

220

221 - Einberufung eines Energiegipfels mit Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften  
222 und Forschungsinstituten,

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 223 - Schaffung eines „Erneuerbare-Wärme-Gesetzes“,
- 224 - Auflage eines Landes-Strukturprogramms „Hoxberg“ zur Investitionsförderung der  
225 vom auslaufenden Kohleabbau betroffenen Kommunen,
- 226 - Modernisierung des Bundesbergrechtes,
- 227 - Sonderprogramm für von der Verlagerung bedrohte Bergbaubeschäftigte,
- 228 - auf Bundesebene konsequentes Vorantreiben des Ausstiegs aus der  
229 Atomenergie,
- 230 - dauerhafter und kontinuierlicher Rückbau der zentralen Versorgung mit fossilen  
231 Kraftwerken,
- 232 - Ausbau des Instituts für Zukunftssysteme (IZES) durch eine Vernetzung  
233 mit anderen Forschungseinheiten der Region zur Energieagentur als  
234 Kompetenzzentrum für Energieforschung,
- 235 - Aufbau eines Studienganges „Energieeffizienz“,
- 236 - integrierte Landesentwicklungsplanung unter Einbeziehung des Energiebereichs,
- 237 - Konzentration der Forschungsförderung auf Ressourceneffizienz und  
238 Energieintelligenz.

### 239 ***Verkehrswende***

240 Aus ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen braucht dieses Land  
241 endlich eine Rückkehr zur in den neunziger Jahren begonnenen ÖPNV-  
242 Vorrangpolitik. Die neue Regierung wird unverzüglich die längst überfällige  
243 Überarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes in Angriff zu nehmen und in die  
244 Landesentwicklungsplanung zu integrieren haben.

245

246 Ergänzt werden muss dies durch eine Neuregelung der Finanzierung und eine  
247 Neuordnung der Organisation des ÖPNV und die Schaffung eines echten  
248 Verkehrsverbundes im Saarland.

249

- 250 - Verteilung aus dem GVFG im Verhältnis 60:40 zugunsten des ÖPNV,
- 251 - Ausbau des Fahrradwegenetzes und flächendeckende Radverkehrsplanung,

- 252 - Verzicht auf die Verschwenkung der A1 und kritische Überprüfung bestehender
- 253 Straßenbauplanung, (Umbau des Landesbetriebs für Straßenbau in einen
- 254 Landesbetrieb für Verkehr),
- 255 - Prüfung der Einrichtung neuer Bahnhaltedpunkte sowie der Reaktivierung von
- 256 Bahnstrecken,
- 257 - Prüfung der Möglichkeiten zur Errichtung einer Zugverbindung Merzig –
- 258 Luxembourg,
- 259 - umgehende Fertigstellung der Saarbahnstrecke nach Lebach,
- 260 - Prüfung eines weiteren Ausbaus der Saarbahn.

### 261 ***Gute Arbeit***

262 Arbeit ermöglicht persönliche Entfaltung, gesellschaftliche Teilhabe und  
263 Existenzsicherung. Unser Ziel ist der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Schaffung  
264 gerechter Zugangsmöglichkeiten zur Erwerbsarbeit für alle. Wir wollen „Gute Arbeit“ .  
265 Dies heißt zunächst, dass Vollzeitwerbstätige von ihrem Einkommen ein  
266 menschenwürdiges Leben für sich und ihre Familie gestalten können. Bei den  
267 prekären Beschäftigungsverhältnissen nimmt das Saarland traurige Spitzenplätze  
268 ein. Gerade in Krisenzeiten sind diese als erste und am schwersten betroffen. Zur  
269 Beurteilung der Arbeitsqualität im Saarland wollen wir in enger Abstimmung mit  
270 Gewerkschaften, betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensleitungen orientiert  
271 am „Index Gute Arbeit“ des DGB wieder eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Saarland  
272 gestalten und die Einrichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors im Bereich  
273 des Umweltschutzes und der sozialen Dienste fördern.

274

- 275 - Bundesratsinitiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns,
- 276 - Wiederherstellung des Rechts auf bezahlte Freistellung für bis zu fünf Tage im
- 277 Jahr zum Zwecke der politischen oder beruflichen Weiterbildung und Ausweitung
- 278 auf die Weiterbildung im Ehrenamt,
- 279 - europarechtstaugliche Novelle des Tariftreuegesetz unter Berücksichtigung
- 280 sozialer, ökologischer sowie fairer Handelskriterien, Ausweitung auf weitere
- 281 Branchen und wirksame Kontrolle seiner Einhaltung,

- 282 - Überwachung der strikten Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes und
- 283 Unterstützung der Gründung von Betriebsräten,
- 284 - Stärkung bestehender Ausbildungs-Landesprogramme wie „Ausbildung jetzt!“,
- 285 - Sicherung der strikten Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

### 286 ***Frauen in der Arbeitswelt***

287 Von der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen sind wir  
288 noch weit entfernt. Die Zahl der in Vollzeit beschäftigten Frauen im Saarland ist in  
289 den vergangenen Jahren sogar deutlich gesunken, ein großer Anteil von ihnen sind  
290 Niedriglohnbezieherinnen. Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern  
291 schaffen.

- 292 - Anhebung der Frauenerwerbsquote,
- 293 - Stabsstelle Gender-Mainstreaming in der Staatskanzlei,
- 294 - Gender-Budgeting,
- 295 - wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen das Landesgleichstellungsgesetz,
- 296 - Ablehnung eines Landeserziehungsgeldes,
- 297 - Verdopplung der Frauenquote in öffentlichen Führungspositionen bis 2020,
- 298 - dauerhafte Absicherung der Frauenbibliothek,
- 299 - Unterstützung von Unternehmen bei der Umsetzung von Programmen zur
- 300 Frauenförderung,
- 301 - mehr Professorinnen, mehr Frauen-Förderprofessuren und mehr Frauen in
- 302 naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen durch verbindliche Ziel- und
- 303 Leistungsvorgaben mit den Hochschulen,
- 304 - bedarfsgerechtes, flächendeckendes, verlässliches und qualitativ hochwertiges
- 305 Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen, damit Eltern ihre Arbeit mit der
- 306 Betreuung ihrer Kinder besser in Einklang bringen können.

### 307 ***Umwelt und Naturschutz***

308 Mit dem jetzigen Naturschutzgesetz wird der wirtschaftende Mensch zum Maß aller  
309 Dinge erklärt und der Schutz der Naturgüter in die zweite Reihe gestellt. Die  
310 abgewählte Landesregierung hat sich vom Ansatz eines wirklichen und wirksamen  
311 Naturschutzes verabschiedet und die Senkung von Umweltstandards billigend in  
312 Kauf genommen. Wir wollen Natur-, Tier- und Bodenschutz im Alltag ernst nehmen,

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 313 unseren Kindern bereits in frühen Jahren vermitteln und die vielen Ehrenamtlichen im  
314 Natur- und Umweltschutz unterstützen und in Entscheidungen einbeziehen.  
315
- 316 - Überprüfung der Verwaltungsstrukturreform im Saarland für die umweltrelevanten
  - 317 Bereiche unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger,
  - 318 - Schaffung eines echten Naturschutzgesetzes anstelle des jetzigen
  - 319 „Naturnutzgesetzes“,
  - 320 - konsequente Umsetzung eines Masterplanes Biodiversität,
  - 321 - gentechnikfreies Saarland,
  - 322 - Stärkung der Direktvermarktung,
  - 323 - Ausweitung des Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzverbände,
  - 324 - die Berufung eines ehrenamtlichen Landesbeauftragten für Tierschutz,
  - 325 - Novelle des saarländischen Waldgesetzes nach neuesten ökologischen
  - 326 Gesichtspunkten und neuen Ansprüchen an den Wald und seine Erzeugnisse
  - 327 und stärkere Ausrichtung auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung,
  - 328 - Reform der Jägerprüfung und des Jagdgesetzes mit zusätzlichen
  - 329 Einschränkungen bei der Verabreichung von Futtermitteln,
  - 330 - Überprüfung des unterschiedlichen Status der Jagdverbände,
  - 331 - verursachergerechte Gebührenpolitik im Bereich der Entsorgung mit Anreizen zur
  - 332 Vermeidung und Verwertung von Abfällen durch eine ausreichende Zahl von
  - 333 Wertstoffhöfen und den Übergang zur Müllverwiegung.

334 **Bildung**

335

336 Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt in hohem und weiter wachsendem Maße von  
337 einer umfassenden Bildung ab. Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie  
338 erst ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmt Ziel zu setzen, sie erschließt ihm  
339 den Zugang zu einer Welt im Wandel, die befähigt ihn zu Demokratie und sozialer  
340 Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit und ist eine wirtschaftliche  
341 Produktivkraft von schnell wachsender Bedeutung. Seit der Regierungsübernahme  
342 durch die CDU ist jedoch kein anderer Bereich derart vernachlässigt worden wie die  
343 Bildung unserer Kinder. Unsere Gesellschaft muss sich darüber klar werden, dass  
344 sie nur dann eine Zukunftschance hat, wenn sie in bestmögliche Bildung investiert.

345

- 346 - Ausbau des Angebots von Ganztagsplätzen und Rechtsanspruch auf einen
- 347 ganztägigen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr,
- 348 - perspektivisch gebührenfreie Bildung in den frühkindlichen Einrichtungen,
- 349 - Reform der ErzieherInnenausbildung,
- 350 - Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren,
- 351 - Stärkung des Programmes „Früh deutsch lernen“ und besondere
- 352 Berücksichtigung von MigrantInnenkindern in den Schulen,
- 353 - kontinuierlicher Ausbau der Schulsozialarbeit,
- 354 - Änderung des Schulordnungsgesetzes: einzügige Grundschule, zweizügige
- 355 weiterführende Schulen,
- 356 - Absenkung des Klassenteilers in einem ersten Schritt auf 25 (später 20) bei
- 357 Grundschulen und auf 27 (später 25) bei weiterführenden Schulen,
- 358 - freie Wahl zwischen freiwilliger und verbindlicher Ganztagsgrundschule,
- 359 Stufenplan zur flächendeckenden Einrichtung verbindlicher Ganztagschulen,
- 360 - „echte“ Ganztagschulen, die den Namen auch verdienen,
- 361 - in jedem Schulbezirk, Landkreis und im Regionalverband bedarfsgerechte
- 362 Einrichtung verbindlicher Ganztagschulen,
- 363 - Maßnahmen gegen drohenden Lehrermangel,

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 364 - Reform der LehrerInnenausbildung (hochwertige Stufenlehrausbildung,  
365 Fortbildung, Ausbau Studienseminar), Lernmittelfreiheit und perspektivisch  
366 kostenloses Schulessen,
- 367 - schrittweiser Umbau des gegliederten Schulsystems in ein integriertes/inklusives  
368 Schulsystem bis zum 9. Schuljahr. Solange eine Verfassungsänderung nicht  
369 zustande kommt: Schulentwicklungsplanung, die gleichermaßen die  
370 demografische Entwicklung, das wohnortnahe Bildungsangebot, das  
371 Schulwahlverhalten der Eltern, die Integration aller Bildungsgänge und die soziale  
372 Funktion des Schulsystems berücksichtigt,
- 373 - schrittweise flächendeckender Ausbau des Gesamtschulsystems mit dem Abitur  
374 nach 9 Jahren als Alternative zum G8-Gymnasium im Einvernehmen mit den  
375 Schulträgern,
- 376 - Stärkung der beruflichen Bildung durch mehr Personal zur Vermeidung von  
377 Unterrichtsausfall und eine Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an den  
378 Schulen,
- 379 - Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu regionalen Zentren für Aus- und  
380 Weiterbildung,
- 381 - Prüfung einer Wiedererrichtung einer Höheren Handelsschule,
- 382 - echte Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung
- 383 - Verbesserung der Durchlässigkeit und Anrechnungsansprüche innerhalb der  
384 berufsbildenden Schulen,
- 385 - Stärkung der Schülervertretungen: Mitbestimmung in allen wichtigen Gremien der  
386 Schule,
- 387 - Promotionsrecht für Fachhochschulen,
- 388 - Abschaffung der Studiengebühren und Ausgleich der fehlenden Einnahmen aus  
389 dem Landeshaushalt,
- 390 - Ausbau der studentischen Mitbestimmung in Studium und Lehre,
- 391 - Ausbau von Integrationsmaßnahmen in Regelschulen (konsequente Umsetzung  
392 der UN-Konvention),
- 393 - Anhebung der Bildungsinvestitionen in den nächsten Jahren bis auf eine Quote  
394 von 30 % des Gesamtetats,
- 395 - Stärkung der Schulautonomie mittelfristig auch durch eigene Budgets,

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 396 - Abschaffung der verbindlichen Schullaufbahneempfehlung,
- 397 - bis zum 7. Schuljahr Verzicht auf ein „Abschulen“ und „Sitzenbleiben“ der
- 398 Schülerinnen und Schüler im Gymnasium.

## 399 **Verwaltungsstrukturen und Kommunen**

400

401 Auf der kommunalen Ebene erleben die Menschen die Auswirkungen politischen  
402 Handelns unmittelbar. Die Städte und Gemeinden bilden die Grundlage unseres  
403 Gemeinwesens. Die CDU-Landesregierung hat diese Grundlagen untergraben. Wir  
404 werden sie wieder stärken.

405

406 Die Verwaltungsreform der CDU-Landesregierung war teuer, unnützlich und  
407 bürgerfeindlich. Wir setzen auf den umgekehrten Weg: Dialog, Diskussion und  
408 demokratische Teilhabe. Wir werden deshalb die Verwaltungsstrukturreform im  
409 Saarland auf den Prüfstand stellen. Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger ernst  
410 und werden sie deshalb aktiv in die Modernisierung der Verwaltung einbeziehen.

411

- 412 - Evaluierung und Korrektur der Verwaltungsstrukturreform und der
- 413 Kommunalverfassung auf Grundlage einer direkten Beteiligung der Bürgerinnen
- 414 und Bürger,
- 415 - Benchmarking der Verwaltungsstrukturen mit dem Ziel der Vergleichbarkeit und
- 416 ggf. Kostensenkung (Verwaltungsvereinfachung, Abschaffung von
- 417 Doppelstrukturen etc.),
- 418 - Wahrung des Konnexitätsprinzips und Einführung eines kommunalen
- 419 Konsultationsverfahrens für Gesetze mit Kostenfolgen für Städte und Gemeinden,
- 420 - Verstärkung der kommunalen Finanzen und Stärkung der kommunalen
- 421 Investitionskraft,
- 422 - Bekenntnis zur Stärkung des Oberzentrums Saarbrücken, insbesondere zum
- 423 Zukunftsprojekt „Stadtmitte am Fluss“ als Stadtentwicklungsprojekt,
- 424 - Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit,
- 425 - Unterstützung des Eurodistrikts SaarMoselle,
- 426 - Kommunalwirtschaft als integraler Bestandteil der Selbstverwaltung,
- 427 - Wiederherstellung der ursprünglichen Subsidiaritätsklausel (wirtschaftliche
- 428 Betätigung der Kommunen),
- 429 - Rekommunalisierung der Energieerzeugung und -versorgungsstruktur,

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 430 - Novelle des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit und Stärkung  
431 der von den Gemeinden in die Gremien entsandten Mitglieder.

## 432 **Inneres und Gesellschaftspolitik**

433

434 Wir wollen im Saarland wieder mehr Demokratie wagen: Eine aktive Bürgerinnen-  
435 und Bürgergesellschaft ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft unseres  
436 Landes. Mitbestimmung sichert dauerhaft die Akzeptanz unseres Gemeinwesens.  
437 Eine starke demokratische Kultur stiftet Zusammenhalt und Solidarität und ist das  
438 wirksamste Mittel gegen Extremismus. Wir streiten für eine weltoffene und tolerante  
439 Gesellschaft.

440

- 441 - Erstellung eines Reichtums- und Armutsberichtes und eines besonderen
- 442 Kinderarmutsberichtes für das Saarland,
- 443 - Ausweitung von Volks- und Bürgerbegehren ohne den jetzigen
- 444 Finanzierungsvorbehalt und mit geringeren Quoren,
- 445 - Einführung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre,
- 446 - Umstellung des Mandatzuteilungsverfahrens von d'Hondt auf Hare-Niemeyer,
- 447 - Verbesserung der Ausstattung und Arbeitsfähigkeit des Parlamentes und der
- 448 Fraktionen,
- 449 - echtes Recht auf Informationsfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger mit freiem
- 450 Zugang zu den Informationen über die Tätigkeiten der öffentlichen Verwaltung,
- 451 ohne eine persönliche Betroffenheit nachweisen zu müssen,
- 452 - Änderung des Polizeigesetzes mit Abschaffung der Speichermöglichkeit von
- 453 Fotos und Fingerabdrücken auch strafunmündiger Kinder,
- 454 - Abschaffung der automatisierten Kennzeichenerfassung,
- 455 - Ablehnung von Online-Durchsuchungen,
- 456 - Überarbeitung der Datenschutzgesetze und einheitliche und unabhängige
- 457 Datenschutzkontrolle im privaten und im öffentlichen Bereich durch unabhängiges
- 458 weisungsungebundenes Landeszentrum (Datenschutzzentrum),
- 459 - mehr Polizei-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und
- 460 Erfahrungen aus verschiedenen Kulturen,
- 461 - Umstrukturierung und effektive parlamentarische Kontrolle des Landesamts für
- 462 Verfassungsschutz,

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 463 - konsequentes Rauchverbot in öffentlichen Räumen und Gaststätten, klare
- 464 Sanktionierung und Kontrolle unter Wahrung der Konnexität,
- 465 - konsequente Kontrolle der Einhaltung des Waffenrechts und Einsatz für eine
- 466 Verschärfung auf Bundesebene.

467        **Integration, Migration und Verantwortung**  
468        **für die Eine Welt**

469

470 Das Saarland ist – wie Deutschland insgesamt – ein Einwanderungsland. Bislang  
471 wurde es im Saarland versäumt, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen  
472 der Zuwanderung zu nutzen und Integrationsdefizite endlich auszugleichen. Das  
473 Saarland kann es sich ebenso wenig wie die anderen Bundesländer leisten, die  
474 vielfältigen Potenziale der Migrantinnen und Migranten zu ignorieren. Wir wollen eine  
475 Kultur des Miteinanders schaffen.

476

477 Das Saarland als Land in der Mitte Europas hat auch eine besondere Verpflichtung  
478 zu globaler Entwicklung in sozialer Verantwortung. Die Globalisierung gerecht zu  
479 gestalten und Armut weltweit zu bekämpfen, ist Teil unserer Verantwortung für  
480 Menschenrechte, Friedenssicherung und Stabilität.

481

- 482 - Bundesratsinitiative zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft,
- 483 - möglichst weitgehende Angleichung der Rechte (z.B. Wahlrecht) langjährig in  
484 Deutschland lebender Eingewanderter, auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit ,
- 485 - Schaffung einer Stabsstelle Migration und Integration in der Staatskanzlei,
- 486 - Stärkung der Rechte der Härtefallkommission,
- 487 - humane Flüchtlingspolitik statt der jetzigen Abschiebep Praxis,
- 488 - menschenwürdige Auslegung der „Altfallregelung“ für abgelehnte  
489 AsylbewerberInnen,
- 490 - großzügige und unbürokratische Bleiberechtsregelung,
- 491 - Begrenzung der Aufenthaltsdauer für Flüchtlinge in Auffangeinrichtungen auf  
492 maximal drei Monate und Umstellung in der Versorgungsstruktur auf den  
493 Grundsatz der Geldleistung,
- 494 - Beendigung der Zersplitterung der Zuständigkeiten in der  
495 Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes durch Federführung für diesen  
496 Bereich in der Staatskanzlei,
- 497 - faire Handelsbeziehungen und faires Beschaffungswesens der öffentlichen Hand.

498 **Kunst und Kultur**

499

500 Kunst und Kultur gehören zu den elementaren „Lebensmitteln“ einer humanen  
501 Gesellschaft. In unserer multiethnischen Gesellschaft muss der interkulturelle Dialog,  
502 die Einübung von Diskursfähigkeit und Toleranz im Elternhaus begonnen und als  
503 lebenslange Herausforderung begriffen werden. Die CDU-Landesregierung hat  
504 Kultur allzu oft als eine Eventveranstaltung missverstanden. Hochfliegende  
505 Ankündigungen im Bereich der Industriekultur, die Schließung der  
506 Schauspielabteilung für Musik und Theater, die Sparmaßnahmen am Saarländischen  
507 Staatstheater, die Zerstörung des Museums für Vor- und Frühgeschichte, der  
508 kostspielige Umzug der Musikhochschule bis hin zum missglückten Wettbewerb zur  
509 Museumserweiterung sind Zeichen einer gescheiterten Kulturpolitik.

510

511 Wir wollen die Bevölkerung in kulturpolitische Diskussionen einbeziehen und treten  
512 dafür ein, dass Kulturförderung zu einer kommunalen Pflichtaufgabe wird.

513

- 514 - Einpassen der Kulturmeile in das Projekt „Stadtmitte am Fluss“ mit einem Vierten  
515 Pavillon mit Augenmaß,
- 516 - Bekenntnis zum Saarländischen Staatstheater, den bundesweit renommierten  
517 Festivals „Perspectives du théâtre“ und „Max-Ophüls-Preis“, der Landesakademie  
518 für musisch-kulturelle Bildung, der Jugendmusikkultur,
- 519 - klare Finanzierungs- und Vorhabensplanung für eine neu geordnete  
520 Industriekultur als Aushängeschild des Saarlandes,
- 521 - Förderung der Lesekultur und Schaffung eines Bibliotheksgesetzes, das das  
522 Vorhalten von Bibliotheken zur Pflichtaufgabe macht,
- 523 - Ausweitung der kulturellen und musischen Bildung,
- 524 - Erhalt der Deutschen Radiophilharmonie, des Staatsorchesters, der Hochschule  
525 für Musik, des Landesjugendorchesters, der „Oper im Zeltpalast“ und der  
526 Musikfestspiele Saar,
- 527 - Unterstützung der zahlreichen Kulturtreibenden und Musikvereine, Orchester und  
528 der Jugendmusikszene,

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 529 - Spielstätten für die freie Szene
- 530 - eine Netzwerkagentur zur Vermittlung von Gastspielen in den Kommunen,
- 531 - ein tragfähiges Konzept für die Hallen und Veranstaltungsorte im Saarland,
- 532 - Denkmalschutz wieder kulturelle Aufgabe und Vier-Augen-Prinzip mit Fachebene
- 533 sowie Vollzugsebene auf der kommunalen Ebene,
- 534 - Stärkung des Landesdenkmalrats zur Vertretung des öffentlichen Interesses und
- 535 Vertiefung des ehrenamtlichen Engagements.

536 **SaarLorLux**

537

538 Das Saarland als Land in der Mitte Europas muss wieder zu einem Vorreiter  
539 europäischer Integration und globaler Entwicklung in sozialer Verantwortung werden.

540 Wir wollen Menschen aus anderen Ländern bei uns integrieren und die  
541 Verbindungen mit unseren europäischen Nachbarn stärken. In Wirtschaft, Bildung  
542 und Wissenschaft wollen wir wieder europäische Exzellenz aus dem Saarland  
543 fördern. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitseinrichtungen in  
544 der Großregion verbessern und hierdurch einen Beitrag zu einem nachhaltig hohen  
545 Gesundheitsschutz in der SaarLorLux-Region leisten.

546

- 547 - Umsetzung des „Zukunftsbildes 2020“ für die Großregion SaarLorLux,
- 548 - eine Initiative zur Gründung einer gemeinsamen „SaarLorLux-Repäsentanz in  
549 Paris“ und eines SaarLorLux-Tagungszentrums zur Intensivierung der  
550 Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich,
- 551 - stärkere europäische und globale Vernetzung der Unternehmen und  
552 Forschungseinrichtungen,
- 553 - gemeinsame Agenturen für Mehrsprachigkeit und Kultur, für Wissenschaft und  
554 Forschung, für Tourismus-Marketing, für Wirtschaft und Beschäftigung sowie für  
555 Verkehrsangelegenheiten,
- 556 - ein funktionsfähiges „Haus der Großregion“,
- 557 - zusätzliche Europa-Schulen mit grenzüberschreitendem Profil und  
558 grenzüberschreitend anerkannten Abschlüssen,
- 559 - Vernetzung des Hochschul-, Forschungs- und Innovationsraums mit dem  
560 Austausch von Ideen, Inhalten und Personal,
- 561 - eine EURECARD nach dem Vorbild der Region Rhein-Maas,
- 562 - stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere im  
563 Gesundheitsbereich, u.a. mit einer SaarLorLux-Gesundheitsagentur und einem  
564 grenzüberschreitenden Rettungsdienst sowie dem Ausbau eines gemeinsamen  
565 Systems der Telemedizin zur Verbesserung der Versorgungsstruktur,

Stand: 2.10.2009, 14:00 Uhr

- 566 - eine Großregion der Bürgerinnen und Bürger mit besseren Bedingungen für eine  
567 grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Vereine und Verbände, u.a. mit einer  
568 SaarLorLux-Freiwilligenagentur und einer „Jugendolympiade SaarLorLux“,
- 569 - Verbesserung des institutionellen Rahmens für die Zusammenarbeit in der  
570 Großregion mit einer Direktwahl der Mitglieder des Interregionalen  
571 Parlamentarierrates (IPR), interregionalen Fraktionen und der Beschlussfassung  
572 durch Mehrheitsentscheid im IPR sowie einer Ausweitung der Befugnisse des  
573 Wirtschafts- und Sozialausschusses,
- 574 - Stärkung der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle und des EURES-T-  
575 Projektes.